

## Am Sterbebett des Kapitalismus?

Tagung des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hellen Panke e.V., Berlin, 3. und 4. März 2017

Schon zehn Jahre lang bestimmt die Krisendeutung die Diskussion in Deutschland. Es ist Zeit für ein Resümee. Das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Helle Panke e.V. führten dazu am 3. und 4. März 2017 in Berlin eine Konferenz durch. In ihrer Rosa-Luxemburg-Lecture machte *Susan George*, Präsidentin des Vorstandes des *Transnational Institute* in Amsterdam (TNI), darauf aufmerksam, dass es völlig falsch sei, von einer Krise zu sprechen. Eine Krise sei ein kurzer Zeitraum, in der die Weichen gestellt werden. Bei der sogenannten Krise handele es sich um eine chronische Krankheit, deren Name Neoliberalismus sei. Sie skizzierte die Geschichte der Entstehung dieser „Krankheit“ und verwies darauf, dass der Erfolg des Neoliberalismus vor allem darauf beruhte, dass er über lange Zeit systematisch daran gearbeitet hatte, die Ideen der Entfesselung der Märkte mit den Ideen von Freiheit und neuer gesellschaftlicher Dynamik zu verbinden. Dies sei Gramscianismus von rechts gewesen. Heute sei ein neuer Gramscianismus von links notwendig. Susan George forderte die deutsche Linke auf, dazu offensiv beizutragen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den Direktor des IfG, *Mario Candeias*. Er fasste das Vorhaben so zusammen: „Wir wollen einige der gegenwärtig interessantesten Ansätze unter die Lupe nehmen: auf ihre theoretischen Grundannahmen befragen, nach der Krisen-Analyse und Anlage der Prognose. Wir wollen sie aber auch auf die Subjekte der Entwicklung hin befragen, die manchmal gern in solchen großen Erzählungen vernachlässigt werden, insbesondere mit Blick auf Möglichkeiten Handlungsfähigkeit zu stärken und über Strategien für linke Praxis zu informieren.“

Im Zentrum standen dann die Ansätze von Wolfgang Streeck, der spätestens mit seinem Buch „Gekaufte Zeit“ von 2012 die Diskussion in Deutschland wesentlich prägte. Diese Ansätze wurden von *Klaus Steinitz* (Helle Panke e.V.) und *Michael Brie* (IfG) kritisch vorgestellt. *Klaus Steinitz* gab eine Gesamtdarstellung der Positionen Streecks und stellte zugleich zentrale Elemente einer sozialistischen Alternative ins Zentrum. Nur durch eigene überzeugende Vorstellungen einer Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus könne der heutigen Krise von links wirksam begegnet werden. *Michael Brie* konzentrierte sich auf Wolfgang Streeck als einen wirksamen *Erzähler* vom „Ende des Kapitalismus“, der zugleich durch die Art der Erzählung eine halbierte Kapitalismuskritik betreibe, die unfähig mache zum strategischen Eingreifen.

Einen zweiten Schwerpunkt der Konferenz bildete das Werk von Paul Mason zum digitalen Kapitalismus. Hier dominierte die Skepsis. *Reiner Fischbach* (Berlin) betonte: „Das Herausragende“ an Masons Werk zum digitalen Kapitalismus sei „die Schlichtheit des Buches“. Mason behaupte – im Anschluss

an den stets vollkommen überschätzten Jeremy Rifkin – einen Grenzkosteneffekt der rein informationellen Güter und dass die „Daten in Echtzeit“ zudem das sozialistische Steuerungsproblem (Stichwort: ‚Rechnersozialismus‘) lösen würden. Das Problem sei aber – jenseits der Tatsache, dass Mason die dunkle Seite des Datensammelns nicht sehen würde – sein Nullgrenzkostenfchluss, insofern Informationsprodukte keine Grenzkosten hätten. Demgegenüber sah sich *Georg Fülberth* (Marburg) in der Rolle des „good cop“. Er lobte Masons Buch, weil es die Kondratieffschen Zyklen wieder in den Diskurs eingeführt habe. Sein Buch reflektiere, dass der Kapitalismus eine neue Reinigungskrise bräuchte; und seine These sei, weil diese nicht in Sicht sei, sei der Kapitalismus am Ende. Tatsächlich wäre Masons rein technisch-ökonomische Krisenerklärung mit Thomas Pikettys Analyse und seinem Verständnis von der Notwendigkeit der Überakkumulation im Kapitalismus zu ergänzen – einen Begriff, den Fischbach allerdings zu den Akten legen wollte, weil die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ historisch nicht steige, sondern sinke, woraufhin Fülberth den Begriff einer „dreifach gespaltenen Überakkumulation“ einführte.

*Julia Dück* (Berlin) stellte in ihrem Vortrag Überlegungen zur Krise der sozialen Reproduktion, zur Care-Krise und der Inwertsetzung von Fürsorgetätigkeiten an. Genau diese Dimensionen würde auch die linke Kapitalismusanalyse noch viel zu wenig beachten. Sie konstatierte eine Krise der physischen und generativen Reproduktion der Arbeitskraft, eine Krise der psychischen und emotionalen Reproduktion (einschließlich einer Krise von Männlichkeit und Weiblichkeit) und schließlich eine Krise der Anlassung und Gewohnheit der Subjekte, die sich mit Scheidungen, Burnout und Kinderlosigkeit erschöpften. Der Rechtsruck im Neoliberalismus sei auch eine Reaktion auf die Reorganisation der Geschlechterverhältnisse in diesem kriselnden Sinne. Die Doppelbelastung der Frau auch in der prekären Frauenarbeit werde, so ergänzte *Katharina Hajek* (Berlin), als Retraditionalisierung von rechts (AfD, Eva Hermann etc.) thematisiert. Dabei erhob sie die Forderung, die rassistischen Verhältnisse als elementaren Bestandteil der sozialen Reproduktion der Arbeitskraft zu begreifen (etwa: polnische Krankenpflegerinnen, kopftuchtragende Reinigungskräfte etc.). Dies wurde durch Katharina Hajek mit besonderem Schwerpunkt auf die Fragen von Migration und globalen Produktions- und Sorgketten weiter ausgeführt.

Diese Diskussion zur Krise der sozialen Reproduktion wurde durch eine Analyse der Krise der Naturverhältnisse gespiegelt. Hier diskutierten *Hendrik Sander* (Berlin, Interventionistische Linke) und *Markus Wissen* (Professor für sozialökologische Transformation an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) mit *Tadzio Müller* (RLS, Berlin). Im Zentrum standen dabei die Konzepte des Grünen Kapitalismus oder der ökologischen Modernisierung und der imperialen Lebensweise. Es wurden Szenarien der weiteren Entwicklung skizziert, die zwischen Abschottung und Verteidigung der privilegierten Position der alten Hegemonialmächte und inklusiveren Wegen oszillieren. Immer wieder trat die Frage auf, wie überhaupt eine ökologische Transforma-

tion möglich sein könne, die zugleich solidarisch wirken würde und nicht auf Kosten der lohnarbeitenden Klassen ginge. Ein Stichwort war die ökologische Klassenpolitik.

Ein besonderes Panel wurde den Arbeiten von Manfred Sohn gewidmet, der u.a. das Buch „Am Epochenbruch – zum Charakter der gegenwärtigen Krise“ vorgelegt hat. Seine Hauptthese ist, dass es keinen Raum für wesentliche Verbesserungen *im* Kapitalismus gäbe und damit jede Form des Reformismus politisch ausgedient habe. Kurt Neumann (Jurist, Berlin) und Andreas Hallbauer (Berlin, Antikapitalistische Linke) diskutierten kontrovers, welches Potential der Ansatz von Sohn biete, um eine wirksame Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen mit einer Revolutions- oder Transformationsperspektive zu verbinden.

In der Abschlussdiskussion knüpfte Christoph Lieber (Zeitschrift *Sozialismus*, Hamburg) an die Frage von der „Erzählung“ an und betonte: „Der Fluchtpunkt der Konsistenz zeitdiagnostisch gesättigter Krisenerzählungen der Linken liegt aus meiner Sicht in ihrer Anschlussfähigkeit an das Alltagsbewusstsein der abhängig Beschäftigten. Und hier herrschen innerhalb der Linken Vielstimmigkeit, aber auch Unstimmigkeiten und Unklarheiten, wie beispielsweise der Rechtspopulismus in eine solche Erzählung einbezogen werden kann. So lebt die durchaus öffentlichkeitswirksame Erzählung einer prominenten Linken wie Sahra Wagenknecht – „Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ (2016) – von einer Kritik des gegenwärtigen neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, die in einer einfachen Kontrastierung der schlechten Gegenwart mit dem Ideal der „sozialen Marktwirtschaft“ besteht, die ihrerseits nicht mehr kritisch oder auf ihre sozialgeschichtlichen Bedingungen hin hinterfragt wird.“ Es ginge darum, die Erzählung des Rechtspopulismus zu rekonstruieren und sich mit ihr kritisch auseinanderzusetzen sowie eine eigene Erzählung auf der Höhe der Zeit gegenüberzustellen. Dabei würde das Verhältnis von Betrieb und Gesellschaft zentral sein.

*Michael Brie*

## **Marx' Kapital im 21. Jahrhundert**

Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 6. Mai 2017

Vor 150 Jahren ließ Karl Marx' Hamburger Verleger Otto Meissner den ersten Band des „Kapital“ in der Druckerei Wigand in Leipzig drucken. Das Kolloquium aus Anlass dieses Jahrestags widmete sich der Frage, welche Bedeutung dieses Werk für die sozialen Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert hat. Der Arbeitskreis Wirtschaftswissenschaften der sächsischen Rosa-Luxemburg-Stiftung, der das Kolloquium konzipierte, legte den Schwerpunkt auf die Wert- und Mehrwerttheorie, die Geld- und Kapitaltheorie und die Akkumulationstheorie. Am Kolloquium nahmen im völlig überfüllten Vortrags-

raum der Stiftung etwa 50 Gäste teil und das Interesse war mit über 40 Diskussionsmeldungen, Anfragen und Kommentaren erfreulich groß.

*Dieter Janke*, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, eröffnete das Kolloquium mit einer Reminiszenz an zwei wissenschaftliche Konferenzen, die 100 Jahre nach der Erstveröffentlichung des Band I des „Kapital“ 1967 in Frankfurt a. M. und Leipzig durchgeführt wurden. Roman Rosdolsky, der damals den Eröffnungsbeitrag in Frankfurt hielt, habe betont, dass es Marx um die Kritik der politischen Ökonomie gegangen sei, einer Wissenschaft, die es mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen zu tun habe, die in dinglicher Form erscheinen. Das „wertvollste und das dauerhafteste Stück des ökonomischen Lehrgebäudes von Marx (sei) die dialektische Untersuchungsmethode, die auch nach 100 Jahren aktuell sei“. Jene Tagung sei von einer „Aufbruchsstimmung“ gekennzeichnet gewesen. Die Leipziger Konferenz hingegen sei trotz einzelner wissenschaftlich wertvoller Beiträge zu einem Politikum der DDR stilisiert worden, wobei bestimmte DDR-Experten, wie zum Beispiel Fritz Behrens, der in Frankfurt einen Aufsehen erregenden Vortrag zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus gehalten hatte, nicht eingeladen waren. In Adaption einer Marxschen Einschätzung handelte es sich damals, so Janke, „nicht mehr darum, ob dieses oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es der Parteiführung nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht“ sei. Heute sei der Umgang mit Marx – auch im Unterschied zu den „Nachwende-Jahren“ – erfreulich sachlich geworden. Im Zuge der jüngsten Finanzkrise habe das Interesse Jüngerer an Marx' ökonomischer Theorie wieder zugenommen. Es würden wieder Filme über Marx gemacht, die sich erfrischend von den Überhöhungen vergangener Jahrzehnte unterschieden. Natürlich stelle sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und weiteren 50 Jahren scheinbar alternativer kapitalistischer Entwicklung die Frage, ob der heutige Kapitalismus mit dem von Marx analysierten noch vergleichbar sei. Was also – so die Fragestellung des Kolloquiums – habe das Marxsche „Kapital“ heute noch zu bieten?

Bevor darauf eingegangen wurde, erinnerte *Manfred Neuhaus*, bekannter Leipziger Marx-Engels-Editor, in einem mit launig erzählten Episoden gespickten Vortrag an die Editions- und Wirkungsgeschichte des ersten Kapital-Bandes. Marx habe zwar lebenslang über eine „Verschwörung des Schweigens“ geklagt, aber angesichts des inhaltlich und sprachlich schwierigen Stoffs sei die Rezeption seines Werkes doch beachtlich breit ausgefallen, wovon nicht nur die schon nach wenigen Jahren vorgelegten Übersetzungen in alle wichtigen europäischen Sprachen zeugten. Selbst akademische Gegner wie Wilhelm Roscher, Ordinarius an der Leipziger Universität, hätte ihm in seiner „Geschichte der Nationalökonomie“ schon 1874 seinen freilich mit vergifteten Komplimenten versetzten Respekt nicht versagen können. Die UNESCO setzte 2013 auf deutschen Antrag hin den ersten Band des „Kapital“ in das Weltregister des Dokumentenerbes. „So viel Marx, meine Damen und Herren, gab es noch nie“, endete Neuhaus.

Der Wirtschaftshistoriker *Thomas Kuczynski* verfolgte, welche Textveränderungen Marx selbst in den zu seinen Lebzeiten veröffentlichten und übersetzten „Ka-

pital“-Ausgaben vornahm beziehungsweise vorzunehmen gedachte. Vor allem in der französischen Ausgabe von 1872 habe er nach seinem eigenen Urteil „manches Neue zugesetzt und vieles wesentlich besser dargestellt“. Potentiellen Übersetzern empfahl er daher, diese und die zweite deutsche Ausgabe sorgfältig miteinander zu vergleichen. Ein solcher Vergleich fördere, so Kuczynski, in der Tat manche wesentlichen Erkenntnisfortschritte bezüglich der Marxschen Textarbeit zutage, was er anhand einiger Beispiele demonstrierte. Letztlich habe er sein Werk nie vollendet und selbst bezüglich des ersten „Kapital“-Bandes sprach er kurz vor seinem Tod davon, es umzuarbeiten, wenn es die Umstände erlaubten.

*Ulrich Busch*, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, ging der Frage nach, wie aktuell der Marxsche Kapitalismusbegriff in Zeiten der Digitalisierung ist. Marx, der diesen Begriff erst in den späten 1870er Jahren gebrauchte, folgt eindeutig einer *ökonomischen* Diktion. Unter „Kapitalismus“ verstand er eine Gesellschaftsordnung, deren Wesen, Charakter und Struktur sich aus der kapitalistischen Produktionsweise als einer historischen Einheit von industriellen Produktivkräften und bestimmten sozialen Verhältnissen, in deren Zentrum das Kapitalverhältnis stehe, ergebe. Wende man dieses Herangehen auf die Geschichte des Kapitalismus an, zeige sich, dass dieser in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Transformationen – insgesamt sieben – des Regimes der Kapitalverwertung durchlaufen habe. Das bisher jüngste sei das in den 1970er Jahren sich herausbildende Regime des Finanzmarktkapitalismus. Die Digitalisierung erscheine mithin als Basisinnovation letzteren Regimes. Von diesen sieben Transformationen könne nur eine, nämlich die Industrialisierung, als „Große Transformation“ bezeichnet werden, da sich in ihrem Ergebnis eine völlig neue Gesellschaft, der Kapitalismus, herausgebildet habe. Kern dieses Prozesses aber war die Begründung einer neuen Produktionsweise, der kapitalistisch-industriellen Art und Weise der Produktion. Eine damit vergleichbare Wirkung könne zumindest bisher der Digitalisierung nicht zugeschrieben werden. Daher spreche vieles dafür, diese als Motor für eine „kleine“ Transformation anzusehen, also als etwas, das eine Modifizierung des Kapitalismus bewirkt, nicht aber dessen Aufhebung. Es gehe hierbei um die Formierung eines „digitalen Kapitalismus“ als neuer Variante des High-Tech- und Finanzkapitalismus sowie um die Konstituierung einer neuen Version von Industriegesellschaft, nicht aber um deren historische Überwindung und Negation.

In der Diskussion zu diesen Vorträgen stand das Problem der Systemtransformation und des Verhältnisses von „kleinen“ und „großen“ Transformationen innerhalb des Systems im Mittelpunkt, und darunter auch die kontrovers diskutierte Frage, was die Digitalisierung für die Wert- und Mehrwertproduktion bedeute. Die Ignoranz mancher Transformationstheoretiker gegenüber den ökonomischen Grundfragen einer Transformation, ihr Ausweichen auf die Felder von Politik, Moral und Kultur oder nur der Geld- und Finanzsphäre sei Symptom des Fehlens einer überzeugenden Systemalternative. Auf die Frage eines der Diskussionsteilnehmer, welche „Geschichte“ Marx’ „Kapital“ den Referenten persönlich erzähle, lautete die Antwort zwar einheitlich, es sei eine Enthüllungsgeschichte, aber während *Neuhaus* und *Kuczynski* das auf die Struktur der kapitalisti-

schen Produktionsweise schlechthin bezogen, schränkte *Busch* dies auf den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ein.

Der zweite Vortragsblock war der Geld-, der Wert- und Mehrwerttheorie gewidmet. *Klaus Müller*, Wirtschaftswissenschaftler aus Chemnitz, sprach über den Zusammenhang von Wert- und Geldtheorie. Wertformenanalyse und Geldbegriff gehörten zu den umstrittensten Problemen der marxistischen politischen Ökonomie. Marx leite die Entstehung und das Wesen des Geldes logisch und historisch aus dem Warentausch ab. Das Geld könne mithin nicht, wie heute immer mal wieder behauptet werde, historisch vor der Existenz eines entwickelten Warenaustauschs entstanden sein. Im Zusammenhang von Produktion und Austausch der Waren liege auch begründet, weshalb auch heute unter den Bedingungen einer Papier- und Buchgeldzirkulation noch eine Geldware existiere. In einem letzten Punkt seiner Ausführungen ging Müller auf einige Kritiken an der Gültigkeit der Arbeitswerttheorie ein. Er betonte: „Wer das arbeitswerttheoretische Fundament für unbrauchbar hält, schlägt der marxistischen Ökonomie den Boden unter den Füßen weg.“ Er kritisierte in diesem Zusammenhang die MEGA-Editoren des Band III des „Kapital“, die die Einleitung in diesen Band ausgerechnet einem erklärten Gegner der Marxschen Wert- und Preistheorie überließen. „An allem zu zweifeln“, schloss Müller mit einem Satz, den Marx als sein Motto bezeichnete. Man solle das „Kapital“ im 21. Jahrhundert lesen, wie es im 19. Jahrhundert gemeint war; dann könne man weitersehen und prüfen, was davon heute noch helfe, den Kapitalismus zu verstehen.

In leichter Abänderung des angekündigten Vortragsthemas fragte *Georg Quaas*, Dozent an der Universität Leipzig, ob der Mehrwert, also auch der Wert messbar sei, oder ob das „nur“ für deren Erscheinungen, Marktpreis und Profit gelte. Damit war das Dauerthema der Wert-Preis-Transformation und des so genannten „Kostpreisirrtums“<sup>1</sup> im Band III des „Kapitals“ aufgeworfen. Quaas betonte, dass Marx zwar nicht fehlerfrei argumentierte, ein solcher Irrtum aber keineswegs vorliege. Insbesondere werde übersehen, dass er schon im Band I eine Preistheorie entwickelt habe, die sich widerspruchsfrei modellieren lasse. Die Modifikation des Wertes durch den Preis erkläre auch, warum Marx im Band I des „Kapital“ Werte stets in Preisen angeben kann und zeige, dass die Transformation in Produktionspreise von eben diesen Werten ausgehen müsse, es also gar keinen Kostpreisirrtum gebe. Als empirisch forschenden Wirtschaftswissenschaftler sei ihm – Quaas – besonders wichtig, dass damit Analysen des Kapitalismus auf Basis von Preisen werttheoretisch korrekt seien. Dies erlaube die Verwendung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für deskriptive Analysen und für den Test ökonomischer, darunter auch Marx'scher Theorien.

---

<sup>1</sup> Einige Kritiker der Marxschen Transformationstheorie der Werte in Produktionspreise – zuerst Ladislav von Bortkiewicz – werfen ihm vor, er habe in seinem Produktionspreis-Modell die Kostpreise fälschlicherweise in Werten statt in Produktionspreisen notiert. Seine Lösung sei daher falsch. Somit müsse – so die einen – die Theorie verworfen werden. Andere meinen, der Fehler könne ohne Verzicht auf die Arbeitswerttheorie geheilt werden.

In der Diskussion dieser Beiträge standen die Messbarkeit von Wert und Mehrwert und die Frage der Existenz einer Geldware auch in der Gegenwart im Mittelpunkt. Wie nicht anders zu erwarten, war die Diskussion über die Messbarkeit des Werts mittels der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung äußerst kontrovers. Während die einen sie als großes „Täuschungsmanöver“ charakterisierten, stimmten andere mit Quaa überein, sie als Ausgangspunkt für eine Wertrechnung zu nutzen. Kritisch wurde angemerkt, dass bestimmte werttheoretische Lehren, vor allem die Schule der Wertkritik und die Wertabspaltungstheorie, keinerlei Erwähnung erfuhren.

*Stephan Krüger*, Berliner Wirtschaftswissenschaftler, stellte eine Akkumulationstheorie des 21. Jahrhunderts vor. Ausgehend von der historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Betriebsweise und der Akkumulationsregimes analysierte er die Besonderheiten der gegenwärtigen Phase der Akkumulation des Kapitals. Ganz allgemein bestimmend für die Dynamik der Akkumulation sei das Zusammenspiel von fallender Profitrate und steigender Profitmasse infolge „beschleunigter Akkumulation“. Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation sei eine „strukturelle Überakkumulation“. Dies bedeute, dass keine langfristige Steigerung der Profitmasse und keine weitere Ausdehnung der produktiven Basis mehr stattfinde. Das disponible Geldkapital werde in unproduktive Verwendungen umgeleitet und die für einen neuerlichen Aufschwung erforderliche Entwertung von Kapital werde um den Preis wachsender Finanzblasen und erhöhter Instabilität hinausgeschoben. Krüger hält Lösungen dieses Dilemmas unter den gegenwärtigen Bedingungen für prinzipiell möglich. Entweder es komme zu einer gewaltsamen Entwertung des Kapitals in allen Daseinsformen mit katastrophischen Konsequenzen oder es gäbe eine Entwertung toxischer Eigentumstitel und uneinbringlicher Kredite mit Übergang zu einer Entkopplung der Investitionen von ihrer kapitalistischen Profitdetermination. Der Einstieg in letztere Alternative könne die Ausweitung öffentlicher Investitionen und eine makroökonomische Strukturpolitik zur Steuerung des Marktsektors sein. Nur dieser Pfad könne letztlich in der Überwindung der Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse – der Ablösung der „sozialen“ durch eine „sozialistische Marktwirtschaft“ – münden.

Die Diskussion zu Krügers Thesen – der Vortrag von *Jürgen Leibiger* zur „geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation bei Marx und in der Gegenwart“ musste aus Zeitgründen entfallen (vgl. aber den Beitrag in diesem Heft) – rankte sich um die Fragen der Kennzeichnung der gegenwärtigen Besonderheiten der Akkumulation und des Unterschieds von „sozialer“ und „sozialistischer Marktwirtschaft“. Nach Krüger ist auch im Sozialismus eine marktwirtschaftliche Allokation der Ressourcen unverzichtbar. Seine Produktions- und Eigentumsverhältnisse seien durch die Ablösung der Kapitaldominanz und eine wirtschaftsdemokratische Corporate Governance, eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft, gekennzeichnet, die eine Dekommodifizierung bestimmter Bereiche einschließe.

*Jürgen Leibiger*

## Clara Zetkin – ein widerständiges Leben

Tagung der Marx-Engels-Stiftung, Stuttgart, 14. Mai 2017

Clara Zetkin war, neben Rosa Luxemburg, die wichtigste Politikerin nicht nur der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, sondern auch der im Ergebnis des Versagens und des Zusammenbruchs der 2. Internationale gegründeten KPD. Und sie spielte auch in der 3. Internationale, deren Exekutivkomitee sie von 1921 bis zu ihrem Tode angehörte, eine bedeutende eigenständige, oft unbequeme Rolle.

Dass sich die bürgerliche Geschichtswissenschaft und Publizistik für sie als eine Vertreterin der revolutionären Arbeiterbewegung kaum interessiert – und wenn doch, dann in eher denunziatorischer Absicht (wie etwa in der Habilitationsschrift von Tania Puschnerat, inzwischen Referatsleiterin beim Bundesamt für Verfassungsschutz) – verwundert nicht. In der DDR wurden zwar viele Reden und Schriften Zetkins veröffentlicht, und es erschienen, neben der Zetkin-Biografie von Luise Dornemann, zahlreiche Untersuchungen zu Einzelaspekten ihrer Tätigkeit. Vor allem ihre Briefe aus der Weimarer Zeit aber, in der sie sich oft wenig schmeichelhaft über führende Repräsentanten wie über politische Dummheiten der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung äußerte, wurden dem Publikum allenfalls in homöopathischen Dosen zugemutet und gingen nicht in das offiziöse Zetkin-Bild ein.

Die Tagung der Marx-Engels-Stiftung fand in der vermutlich einzigen Einrichtung der „alten“ BRD statt, die heute Zetkins Namen trägt: dem Clara-Zetkin-Haus, das 1909 von ihr als Waldheim in Sillenbuch am Rande Stuttgart – heute ein Stadtteil, bis 1937 eine eigenständige Gemeinde – mitgegründet wurde.

*Günther Klein*, Vorsitzender des Waldheim-Vereins, sorgte für das Lokalkolorit: 1890 entschloss sich Clara, nach dem Tod ihres Lebensgefährten Ossip Zetkin, dem Vater ihrer beiden Söhne, aus Paris nach Deutschland zurückzukehren. Sie entschied sich für Stuttgart, weil dort der Dietz-Verlag saß, für den sie bereits Edward Bellamys Zukunftsroman übersetzt hatte. Für Stuttgart sprach auch die vergleichsweise liberale Atmosphäre im Königreich Württemberg. Anders als in Preußen oder Sachsen konnten Frauen hier z.B. an politischen Versammlungen teilnehmen und das Wort ergreifen. Freilich hatte die schwäbische Liberalität enge Grenzen: Der Versuch, „die Eißner“ – so Claras Geburtsname –, u.a. „wegen unrichtiger Namensführung ihrer Kinder“, auszuweisen, scheiterte zwar an ihrer sächsischen Staatsangehörigkeit. „Doch wird ihr Tun und Treiben auch fernerhin stets überwacht werden“, so das Innenministerium. Zu den behördlichen Schikanen, die daraus folgten und sich während des Krieges häuften, zählte auch eine 2 ½ Monate währende Haft im Jahre 1915.

Zum „Tun und Treiben“ der Eißner alias Zetkin in ihrer Stuttgarter bzw. Sillenbacher Zeit gehörte in erster Linie die Redaktion der im Dietz' Verlag seit 1892 erscheinenden „Die Gleichheit“. Untertitel: „Zeitschrift für die Interes-



sen der Arbeiterinnen“. Deren Auflage vervielfachte sich unter Clara Zetkins Ägide. Sie lag noch 1900 bei ca. 4000; und erreichte im Juli 1914: 124.000!

„Die Gleichheit“ war das wichtigste Instrument, mit dem Zetkin, so *Florence Hervé*, zur Wegbereiterin sozialistisch-feministischer Politik wurde. Und dies nicht nur für Deutschland: die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz, 1907 in Stuttgart, beschloss, die „Gleichheit“ zum internationalen Presseorgan der sozialistischen Frauenbewegung zu machen, und wählte Zetkin zur Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats. Hervé polemisierte überzeugend gegen die Behauptung von Alice Schwarzer und anderen, Zetkin könne nicht als Feministin bezeichnet werden, da sie sich nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Frau engagiert habe.

Drei Bereiche waren nach Hervé für Zetkin von entscheidender Bedeutung für die Lage der Frau: Erwerbsarbeit, Frauenwahlrecht, Selbstbestimmung. In allen hatte sie mit Vorurteilen innerhalb der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Außerhäusliche Frauenarbeit wurde vielfach als „Schmutzkonkurrenz“ betrachtet. Dem Frauenwahlrecht stand auch Zetkin zunächst skeptisch gegenüber; ein Stimmrecht würde an der Unterdrückung und Ausbeutung der Frau nichts ändern. Doch setzte sie schon 1891 auf dem Erfurter Parteitag eine Resolution gegen die gesetzlichen Benachteiligungen von Frauen durch. Auf die Forderung nach dem Frauenstimmrecht – im Unterschied zu einem an sozialen Status und Eigentum geknüpften „Damenwahlrecht“, wie es die bürgerliche Frauenbewegung oft forderte –, wurden die sozialistischen Parteien 1907 auf ihr Betreiben hin vom Internationalen Sozialistenkongress, der ebenfalls in Stuttgart stattfand, verpflichtet. Nichtsdestotrotz löste Zetkins Eintreten für eine eigenständige proletarischen Frauenbewegung in der männerdominierten SPD, aber später auch in der KPD zum Teil heftigen Widerspruch aus.

Das Recht der Frau, über sich selbst zu verfügen, hat Clara Zetkin immer wieder betont. Dass ihre Auffassungen von Ehe und Scheidung, von Teilung der Hausarbeit und Kindererziehung weit über das damals in der Arbeiterbewegung übliche hinausgingen, belegt ihre 1899 erschienene, erst 1995, in den Marxistischen Blättern, wieder veröffentlichte, Broschüre „Der Student und das Weib.“

Der Kampf gegen die Gefahr eines Weltkriegs gewann seit den späten 1910er Jahre für Zetkin immer größeres Gewicht. Berühmt wurde ihre Rede beim Basler Friedenskongress der Internationale im November 1912. Und der Kampf gegen den Krieg wurde zum zentralen Thema ihrer unter widrigsten Bedingungen geführten Korrespondenz vor allem mit jenen Frauen und Männern, die an den Vorkriegsbeschlüssen der Internationale festhielten. 2016 veröffentlichte der Karl-Dietz-Verlag erstmals eine vollständige Ausgabe von Zetkins Briefen aus dem 1. Weltkrieg; ihre Herausgeberin, Marga Voigt, stellte einige daraus vor und würdigte dabei die Rolle Zetkins als Initiatorin der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern (März 1915).

*Heinz Karl* befasste sich mit der Rolle Clara Zetkin in der KPD und der Kommunistischen Internationale. Als eins der ältesten Mitglieder der jungen

kommunistischen Bewegung (fast alle ihrer führenden Kader waren mindestens 15 Jahre, sehr viele über ein Vierteljahrhundert jünger als sie) sah sich Zetkin genötigt, ihre Erfahrungen auf den unterschiedlichsten Gebieten der politischen Arbeit einzubringen. Sie tat dies, obwohl ihr Gesundheitszustand in all diesen Jahren labil bis schlecht, sie oft dem Tode nah war.

Wenigstens zwei wesentliche Aspekte von Zetkins Wirken in den Jahren der Weimarer Republik, die Karl hervorhob, seien hier erwähnt. *Erstens* ihr Drängen darauf, dass sich die KPD als *Massenpartei* versteht; leidenschaftlich bekämpfte sie daher pseudolinken Verbalradikalismus. Auch in der Komintern, deren Exekutivkomitee sie seit dem 3. Weltkongress angehörte. „Die Revolutionsschufte“, schrieb sie 1921 an Lenin, „sind nicht so gefährlich wie die Revolutionesesel. Ich will gern bis zum äußersten die Revolutionsschufte bekämpfen, mit den Revolutioneseseln zu sympathisieren übersteigt meine Kraft.“ Und aus dieser Grundhaltung lässt sich letzten Endes ihr ganzes Herangehen an die innerparteilichen Konflikte über das Verhältnis zur Sozialdemokratie verstehen, die für die kommunistische Bewegung der 20er und frühen 30er Jahre charakteristisch waren. *Zweitens* warnte Zetkin schon sehr früh – ein halbes Jahr nach Errichtung der ersten faschistischen Diktatur! – vor der Gefahr des Faschismus. „Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie.“ Mit diesen Worten eröffnete sie ihr Referat auf einer Erweiterten Tagung des EKKI 1923, das ihre Fähigkeit unter Beweis stellte, auch ganz neue Erscheinungen im wesentlichen richtig zu erfassen.

Ich habe eingangs angedeutet, dass etliche Seiten von Zetkins Wirken bislang unzureichend erforscht sind, bzw. neuen Überdenkens bedürfen. Beispiele: Anders als Lenin sträubte sich Zetkin lange gegen eine *organisatorische* Trennung von der Sozialdemokratie. War das Ausdruck einer Fehleinschätzung – wie das die traditionelle marxistische („marxistisch-leninistische“) Geschichtsschreibung sieht –, oder nicht eher einer realistischen Sicht auf die mitteleuropäischen Verhältnisse geschuldet, die sich eben grundlegend von den russischen unterschieden?

Und nochmals Zetkin und Lenin (sie verkehrten als Freunde, „auf Augenhöhe“ miteinander): Mir scheint, dass für Lenins klare Verurteilung der „Offensivtheorie“ der KPD-Führung beim 3. Weltkongress Claras Haltung in dieser Frage eine wesentliche Rolle spielte. Zumindest hier hat Lenin von ihr gelernt – und nicht umgekehrt.

Schließlich: Zetkins öffentliche Äußerungen vor allem in den späten 20er, frühen 30er Jahren und ihre brieflichen (privaten) Kommentare zu wichtigen Vertretern der kommunistischen Bewegung divergieren, vorsichtig ausgedrückt, oft beträchtlich. Wie gehen wir damit um?

Auf solche Fragen ging die Tagung nicht ein – konnte sie, sie war ja keine „Experten“-Tagung, auch nicht eingehen. Vielleicht ein andermal? Es wäre zu wünschen.

## „Marx ‚Kapital‘ nach 150 Jahren – Kritik und Alternative zum Kapitalismus“

Tagung an der York University, Toronto, 24. bis 26. Mai 2017

Eine international besetzte wissenschaftliche Konferenz zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung von Karl Marx *Das Kapital* fand vom 24. bis 26. Mai in Kanada an der Universität York statt. Sie brachte Soziologen, Politikwissenschaftler und Philosophen aus über zwanzig Universitäten und über zehn Ländern zusammen, um kritisch Geschichte, Inhalt und Relevanz dieses bahnbrechenden Werks zu diskutieren. Eingeladen hatte das *Marx Collegium* der Universität York unter Leitung des Soziologen *Marcello Musto*. An der Tagung nahmen gut 1000 Studierende, Lehrende und Aktivistinnen und Aktivistinnen teil, die nicht nur aus den verschiedenen kanadischen Provinzen kamen, sondern auch aus Nicaragua, Mexico, Japan oder Nepal. Beim Abschlusspanel mit Immanuel Wallerstein zählte man 300 Zuhörerinnen und Zuhörer.

Auf der Konferenz sprachen u.a. *Etienne Balibar* (Universität Paris X Nanterre), *Saskia Sassen* (Columbia University/New York), *Bob Jessop* (Lancaster University), *John Bellamy Foster* (University of Oregon, Eugene/Oregon), *Silvia Federici* (Hofstra University/New York), *Richard Wolff* (The New School/New York), *Moishe Postone* (University of Chicago), *Kevin B. Anderson* (University of California/Santa Barbara), *Bertell Ollman* (New York University), *Leo Panitch* (York University/Toronto), *Ursula Huws* (University of Hertfordshire/Hatfield), *Michael R. Krätke* (Lancaster University), *Himani Bannerji* (York University/Toronto), *Seongjin Jeong* (Gyeongsang National University/Süd-Korea), *Mauro Buccheri* (York University/Toronto), *Alfonso Maurizio Iacono* (Universität Pisa), *Pietro Basso* (Universität Ca' Foscari/Venedig), *George Comninel* (York University/Toronto), *Gary Teeple* (Simon Fraser University/Burnaby) und *William Roberts* (McGill University/Montreal).

Im Folgenden werden vier der insgesamt 27 Vorträge der Tagung vorgestellt, die stellvertretend für die vier größeren Themen stehen, welche die Tagung bestimmten: Die Geschichte der Verbreitung und Rezeption des *Kapital* weltweit; die Aktualität und die Grenzen des Buches heute; *Kapital*-Lesarten *jenseits* der Ökonomie; die Analyse des Werkes im Lichte der durch die MEGA-Edition zugänglich gewordenen Manuskripte von Marx.

Die Eröffnung widmete sich dem noch nicht abgeschlossenen Projekt einer globalen Geschichte der Verbreitung und Rezeption des *Kapital* in der Welt. Einige Autoren des demnächst erscheinenden Sammelbands dazu (*The Routledge Handbook of Marx's 'Capital': A Global History of Translation, Dissemination and Reception*) präsentierten ihre Ergebnisse in diesem ersten Block. Jeder Sprecher rekapitulierte die jeweiligen Übersetzungen des *Kapitals* im Kontext einer Geschichte des Einflusses des Marxismus in seinem Land und ließ die einflussreichsten Interpretationen und deren Wirkung auf die globale Marxrezeption Revue passieren.

Nicht wenige der Vorträge präsentierten neue Sichtweisen auf das *Kapital* im Lichte der Ökologie, einer außereuropäischen Perspektive oder vom Standpunkt des Feminismus. Die Beiträge von *John Bellamy Foster* und von *Silvana Federici* sollen hier hervorgehoben werden. *Foster* schlägt vor, das *Kapital* als ökologische Kritik der politischen Ökonomie zu lesen. Er weist auf einige Stellen in Marx Schriften hin, in denen das ökologische Denken prominent aufscheint, von seiner Dissertation bis zu den späten Schriften. Dieser Aspekt werde aber von den meisten Marxforschern bis heute zurückgewiesen. *Foster* verfolgt die Wurzeln von Marx' ökologischem Denken bis in sein materialistisches Geschichtsverständnis, das immer eng mit einer materialistischen Auffassung der Natur verbunden war. *Foster* kritisierte aber auch ökosozialistische Lesarten des *Kapital* und von Marx generell und plädierte für einen Re-Import der Marx'schen Ideen in eine ökologisch ausgerichtete aktuelle Kapitalismuskritik.<sup>1</sup>

*Federicis* Vortrag war mit „Marx, Gender und die Reproduktion der Arbeiterklasse“ überschrieben und behandelte die Rolle der Reproduktionsarbeit in Marx' Verständnis und Antizipation der heutigen Verhältnisse von Genderbeziehung und historischem Kapitalismus und den Konsequenzen für ein marxistisches Verständnis der inneren Dynamiken des Klassenkampfes. Dabei kritisierte sie Marx für seine „Blindheit“ für die Entwicklungen, die sich zwischen den 1870er Jahren und dem ersten Weltkrieg abgespielt hatten, so der Formation der proletarischen Familie, wie sie durch zunehmende Ausbeutung von Frauen und Kindern gekennzeichnet gewesen sei, und dem sogenannten „Familieneinkommen“. Den Grund für diese Leerstelle sieht sie im Fehlen einer adäquaten Integration der Reproduktionsarbeit in die Marx'sche Arbeitstheorie. Gleichermäßen verwies sie auf Marx' Skepsis in Bezug auf die Rolle unbezahlter Arbeiterinnen und Arbeiter im antikapitalistischen Kampf, und ob diese überhaupt als Subjekte eines solchen taugten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz lag auf der kritischen Betrachtung der Frage, inwieweit das *Kapital* auch heute als theoretisches Rüstzeug für das Verständnis der Transformationen unserer Zeit und der „Natur“ der kapitalistischen Entwicklung dienen kann. In diesen Kontext gehörte der Vortrag von *Moishe Postone* „Die gegenwärtige Krise und der Anachronismus des Werts“. *Postone* führt aus, dass es wichtiger denn je sei, den Kapitalismus als historisch spezifische abstrakte Form der Herrschaft zu verstehen. Gerade weil wir in einer Zeit der ökonomischen Krise und des Aufstiegs der extremen Rechten lebten. Der Kapitalismus, so *Postone*, habe eine spezifisch historische Form der Temporalität geschaffen, die Herrschaft über die Menschen durch Herrschaft über die Zeit ausübe und permanent das Proletariat überflüssig mache, während es gleichzeitig die Möglichkeit seiner eigenen Abschaffung behindere. Dieser Prozess kreiere morbide Umstände, in denen die Überflüssigkeit der Arbeit als Überflüssigkeit des Menschen erscheinen müsse.

---

<sup>1</sup> Vgl. auch: „Ein unheilbarer Riss im Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft“. Ein Gespräch mit John Bellamy Foster, in: Z 108 (Dezember 2016), S. 167-177 (Anm. d. Red.)

Ein zentrales Thema der Konferenz war die Diskussion um die Rekonstruktion des Entwicklungsprozesses der Kritik der politischen Ökonomie bei Marx anhand der Texteditionen im Rahmen der MEGA. *Michael Krätke* skizzierte in seinem Vortrag das Marx'sche Werk als in wichtigen Punkten unvollständig. Die Probleme, die Marx identifizierte, aber nicht voll auflösen konnte, erscheinen heute als eine Landkarte von Forschungsdesideraten. Darüber hinaus diskutierte Krätke die Theorieelemente, die Marx als seine Leistung reklamierte, so die Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakter Arbeit, die generelle Form des Mehrwerts und den Gegensatz von konstantem und variablem Kapital. Zudem nahm er sich verschiedene Interpretationen von Marx' Vorarbeiten und den Forschungsprozess rund um das *Kapital* von 1842 bis 1882 vor und bilanzierte Marx' Weg zum *Kapital* als einen höchst diskontinuierlichen und schweren Lernprozess gegenüber einem sich stetig vergrößernden Problem. Zuletzt warf Krätke einen Blick auf die offen gebliebenen Themen und spekulierte darüber, warum Marx diese zu seinen Lebzeiten nicht zu lösen vermochte.

Alle Vorträge wurden auf Video aufgenommen und können demnächst auf der Konferenz-Website verfolgt werden: <http://www.marxcollegium.org/>. Darüber hinaus wird 2018 ein Tagungsband erscheinen.

*Babak Amini*

*Übers. Alan Ruben van Keeken*

## „Arbeiterbewegung von rechts?“

Tagung der DFG-Kollegforscher\*innen „Postwachstumsgesellschaften“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Jena, 22. bis 24. Juni 2017

Das Programm der wissenschaftlichen Konferenz folgte einem zweifachen Anliegen. Aktuelle Forschungen wurden präsentiert. Gleichzeitig ging es um die Praxis einer „öffentlichen Soziologie“, also den Wiedereintritt der Soziologie in die öffentliche Sphäre der Selbstverständigung einer Gesellschaft. Weil Gesellschaft mehr ist als eine Ansammlung von Individuen, die in den ökonomischen Modellen der Theorien rationaler Entscheidung ihr Dasein fristen, wächst in der Gesellschaft der Bedarf nach Erklärungen, etwa woher Ungleichheit kommt, warum der Markt doch nicht die Keimzelle von Demokratie ist, welche Rolle Ressentiments spielen, wie soziale Mobilität und die Entstehung politischer Bewegung zusammenhängen. Der publizistische Erfolg von soziologischen Texten etwa über die „Abstiegsgesellschaft“, „Gesellschaft in Angst“ oder die „Rückkehr nach Reims“ zeugt von diesem wachsenden Bedürfnis nach Erklärung einerseits und der Bereitschaft von Sozialwissenschaftlern andererseits, den Ökonomen nicht mehr das Feld zu überlassen.

Die Tagung in Jena kam dem nach mit prominent platzierten Vorträgen von Klaus Dörre, Margaret Abraham, Arlie Hochschild (leider nur per Video-Interview), Heinz Bude oder Wilhelm Heitmeyer einerseits und andererseits mit z.T. parallelen wissenschaftlichen Panels zu „Klassenpolitik und/oder Identitätspolitik“, „Rechtspopulismus in Europa“, „Bewusstsein von LohnarbeiterInnen und Übergänge zum Rechtspopulismus“ und „Rechtspopulismus und Gewerkschaften“. Es blieb dabei im schillernden Ungefähren, ob dabei eher die Frage nach einer neuen Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen nach rechts, ob der Anteil von Arbeitern am wahlpolitischen Erfolg von rechten populistischen Parteien oder ob die Strategien der Rechtspopulisten im Mittelpunkt standen. Einige aus Sicht des Autors besonders interessante Beiträge seien hier hervorgehoben, ohne damit andere schmälern zu wollen.

Zu Beginn steckte *Klaus Dörre* (Jena) das thematische Feld ab. Stagnieren des Wachstum nach der Finanzkrise 2008 führe nach Galbraith zu einer Verschärfung von Verteilungskämpfen im „Postwachstumskapitalismus“, die wiederum die Nationalisierung und Ethnisierung der sozialen Frage fördere. Der rechte Populismus, so Dörre, sei eine interklassistische Bewegung, die rebellische, konservierende und konformistische Linien aus verschiedenen sozialen Schichten zusammenbringe. Für Arbeiter sei dieser Populismus anziehend, weniger aufgrund eigener Prekaritätserfahrungen als vielmehr aufgrund einer „verdrängten Klassenproblematik“: Niemand sei mehr stolz, ein Arbeiter zu sein; in einer Gesellschaft, in der ständig alles besser werde, stecke man selber fest; man fühle sich abgewertet und unverschuldet an den Rand gedrängt. Entscheidend ist das Bild, welches man sich von der eigenen sozialen Lage mache. Dazu gehöre: Arbeiter kommen, so Dörre, im öffentlichen (linken) Diskurs nicht mehr vor, es gibt kein positiv besetztes begriffliches Angebot. Es sei womöglich ein Fehler der Linken gewesen, den Prekarisierungsdiskurs zu übernehmen und den Klassen-Begriff beiseite zu legen.

*Tim Spier* (Siegen) präsentierte wahlsoziologische Befunde zur Frage, in welchem Umfang und warum Arbeiter rechte Parteien wählen. Im politischen Raum, der durch die horizontale Achse mit den Polen Sozialstaat und Markt und durch die vertikale Achse mit den Polen libertär und autoritär bestimmt sei, tendiere in postindustriellen Gesellschaften der politische Wettbewerb zur soziokulturellen Konfliktlinie, der politische Raum für die sozioökonomische Konfliktlinie schrumpfe. Die Rechtsparteien wanderten zum autoritären Pol und würden sozioökonomisch eher indifferent bzw. auch sozialstaatlich bzw. national-sozial. So gelinge es den rechten Populisten, den bereits 1959 von Lipset konstatierten „working-class authoritarianism“, die in der Arbeiterschaft schlummernden Tendenzen zur Ausbildung autoritärer Einstellungen und Ressentiments, anzusprechen. Untersuchungen für mehrere westeuropäische Länder zeigten, dass „production worker“ und „service worker“ überdurchschnittlich rechtspopulistische Parteien wählten. Auf die Gesamtheit der rechtspopulistischen Wählerschaft bezogen stellten „production worker“ etwa ein Viertel, „service worker“ etwa ein Fünftel ihrer Wählerschaft, zusammen als knapp die Hälfte. Es sei dabei vor allem die jüngere, weniger die ältere

Generation, die von linken zu rechten Parteien wechsele. *Alexander Hensel* (Göttingen) bestätigte, dass ein Viertel der AfD-Wähler 2016 „Arbeiter“ gewesen seien, mehrheitlich aber Angestellte. Trotz guter wirtschaftlicher Lage seien die Zukunftserwartungen der Wählerschaft überwiegend pessimistisch, und zwar bezogen vor allem auf die eigene Altersvorsorge und den sozialen Zusammenhalt. Diese Sorge wiederum mache den Volk-Elite-Diskurs der Populisten attraktiv, denn sie versprächen, die, wie Klaus Dörre formulierte, neoliberale Sachzwanglogik der Globalisierung zu durchbrechen. Trump zeige, dass ein Tweet ausreiche, um Investitionsentscheidungen eines transnationalen Konzerns zu ändern. In Polen, so berichtete *Michael Sutowski* (Krytyka Polityczna, Warschau), halte die PiS-Regierung ihre Wahlversprechen: für Mindestlohn gegen einen deregulierten Arbeitsmarkt, höheres Kindergeld und niedrigeres Renteneintrittsalters.

*Silke van Dyk* und *Stefanie Graefe* (Jena) widersprachen der Selbstverständlichkeit, mit der vielfach unterstellt wird, dass Einkommens- und Statusverlust Rassismus und Ressentiments begründen, ja legitimieren würden. Verweise auf soziale Deklassierung könnten den Erfolg rechter Parteien nicht erklären, der Zusammenhang selbst müsse erklärt werden. Aus der Sicht eines homogenen, weißen und männlichen Klassensubjekts zahle sich die (Sozialstaats-)Dividende weißer Männlichkeit nicht mehr aus, doch käme dies einer Einladung zum Resentiment gleich? Gerne würde Didier Eribon zitiert, bei dem Votum für den Front National handele es sich um einen Akt der politischen Notwehr der vergessenen Arbeiterklasse, doch würde überlesen, dass Eribon zuvor feststelle, dass Rassismus schon vorher in Teilen der Arbeiterklasse vorhanden gewesen sei – also kein Votum für eine Rückkehr des alten Hauptwiderspruchs, aber gleichwohl Anmahnung einer gewissen „Klassenvergessenheit“ der Genderforschung. Auf die Bedeutung von Klasse als sozialer Strukturkategorie verwies auch *Arlie Hochschild* (Berkeley) in ihrem Video-Interview mit der These, dass bei der Wahl Trumps Frauen aus der Arbeiterklasse nach ihrer Klasse, nicht nach ihrem Geschlecht stimmten. *Andreas Nölke* (Frankfurt) indes verwies darauf, dass beim Arbeiterwahlverhalten das größte Problem die Wahlenthaltung sei. Die Unterschicht wähle nicht, für linke Wirtschafts- und Sozialpolitik mache er daher eine große, linkspopuläre Repräsentationslücke aus.

Wenn vom Wahlverhalten von Arbeitern die Rede ist, darf von arbeitsweltlichen Erfahrungen, vom Lohnarbeiterbewusstsein, nicht geschwiegen werden. *Harald Wolf* (Göttingen) stellte Ergebnisse empirischer Studien zu Gerechtigkeitsvorstellungen unter Lohnabhängigen vor. Alltagspraktisch wirksam und handlungsorientierend seien Ansprüche an Gerechtigkeit (Leistung, Beteiligung, Würde, Fürsorge, Selbstverwirklichung, aber zentral seien Anerkennung und Wertschätzung von Leistung) und Ansprüche an Rationalität (vernünftige betriebliche Abläufe, gutes Management). Der Betrieb müsse gute Bedingungen schaffen, damit Leistung erbracht werden könne. Im Zuge permanenter Rationalisierung und Shareholder-Druck entstünden enttäuschte und verunsicherte Stammebelegschaften. Gerade ältere Arbeiter und Techniker erlebten langfristigen Beschäftigungsabbau als Entwertung der Lebensleistung und wahrgenom-

mene Einflusslosigkeit. Die Deutungsfiguren solcher Erfahrungen hätten, so Wolf, eine große Nähe und Analogie zur AfD, wenn sie sich als „Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“ präsentiere.

Ähnliches berichteten *Dieter Sauer* (München) und *Sophie Bose* (Jena) aus aktuellen, noch in der Auswertung befindlichen qualitativen Studien. In den Betrieben, auch unter Gewerkschaftern gäbe es durchaus großes Potential für die AfD. Eine Klimaveränderung sei zu beobachten: Enttabuisierung von rassistischem Sprechen; rechte Netzwerkbildung mittels sozialer Medien; einzelne AfD-Aktivist\*innen mit scharfer Kritik an betrieblichen Verhältnissen und an Betriebsräten. Viele Betriebe vor allem in Ostdeutschland, so übereinstimmend Bose und Sauer, würden als entgrenzte, rechtsfreie Räume (ohne Betriebsrat, Mitbestimmung und Tarifvertrag) erlebt, diese Arbeitswelterfahrung prägte auch das Gesellschaftsbild, die Fahrt zu Pegida-Demonstrationen würde vor diesem Hintergrund als Widerstandshandlung ausgegeben.

Leider kam es zu keiner systematischen Debatte darüber, ob spezifische arbeitsweltliche Erfahrungen den Ausschlag für die Präferenz rechtspopulistischer Parteien geben oder ob die Veränderung in der sozialen Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, also die Rolle und Wertschätzung des Arbeiters in Politik und Gesellschaft oder etwa sozialräumliche (statt arbeitsweltliche) Prägungen (Stichwort abgehängte Regionen) ausschlaggebend seien. Auch blieb vielfach unklar, was eigentlich mit „Arbeiter“ gemeint ist, inwieweit die Differenzen zu Angestellten oder die horizontalen und vertikalen Teilungen bedeutsam sind.

Gegen den Vormarsch des rechten Populismus empfahl *Dörre* eine demokratische Polarisierung durch „Klassenpolitik von unten“, die populär und inklusiv sein müsse. Dabei sei zu bedenken, dass den Anhängern der Rechtspopulisten die „Ahnung“ gemeinsam sei, dass ein paar „Pflasterli“ nicht ausreichen würden, worauf von links mit einem Ausbau der Wirtschaftsdemokratie geantwortet werden könne. Andere wie *Margarete Abraham* machten sich für eine „intersektionale“ bzw. „plurale“ Klassenpolitik stark, die den Anliegen von Geschlecht, Rasse und Klasse gleichermaßen Rechnung trage und sich überschneidende Identitäten zum Thema mache. Es war *Hans-Jürgen Urban*, der im Umgang mit Rechtspopulisten und ihren Anhängern vor der „Identitätsfalle“ warnte und darauf hinwies, dass unterschiedliche „plurale und kontrastierende“ Identitäten in einer Person zusammenwirkten und die Widersprüchlichkeit des Alltagsverständnisses ausmachten. Wenn Ressentiment, Rassismus zum Bestandteil von Arbeiterbewusstsein gehöre, so gelte es zu fragen, unter welchen Bedingungen diese Einstellungen handlungsrelevant würden und wie man statt ihrer kontrastierende Einstellungen handlungsrelevant machen könne.

*Horst Kahrs*